

A stylized map of the United Kingdom composed of a grid of grey dots. Several dots are highlighted in red, representing the colors of the major political parties: Labour (red), Conservative (blue), and UKIP (yellow).

Welche Wahl hat Großbritannien?

Unser Nachbar steht vor bedeutenden Zukunftsfragen – seine politische Entscheidungsfähigkeit ist ungewiss

ULRICH STORCK
Januar 2015

- Die Parlamentswahl am 7. Mai wird die am wenigsten vorhersehbare in der britischen Geschichte. Wähler und Gewählte verstehen sich immer weniger: Das Vertrauen in den Westminster Politikbetrieb schmilzt, die etablierten Großparteien Labour und Tories verlieren beide immer mehr an Boden. Populistische Botschaften wirken auf die Briten zunehmend anziehender: UKIP und die schottische Nationalpartei (SNP) spielen geschickt mit den Zukunftsängsten der Bevölkerung und verzeichnen damit erheblichen Zulauf.
- Die Parteien starten in einen ergebnisoffenen Wahlkampf. Aus Sicht von Labour ist das Duell mit den Tories eher vertrautes Terrain, es wird entlang der wiederkehrenden Leitlinien zwischen der konservativen Wirtschaftspartei und der Partei der sozialen Gerechtigkeit ausgefochten. Unberechenbar ist die Konkurrenz der kleinen Parteien, die Labour bei wichtigen Wählergruppen Stimmen kosten dürften.
- Eine regierungsfähige Mehrheit für eine der beiden Großparteien versprechen die Prognosen nicht. Das Verhandeln von Koalitionen nach der Wahl scheint unvermeidlich, obgleich dies die beiden Spitzenkandidaten im Wahlkampf natürlich nicht thematisieren. Tragfähige Allianzen gibt es dabei auf den ersten Blick keine.
- Wegweisende Entscheidungen stehen in Großbritannien zu externen und internen Fragen an: extern nach dem Verbleib in der EU, intern nach einer konstitutionellen Regelung der Selbstbestimmung der Landesteile, England explizit eingenommen. Ihre Beantwortung wird auf die Zeit nach der Wahl vertagt. Obwohl sowohl die EU-Mitgliedschaft als auch die konstitutionelle Zukunft des Landes zu wichtig sein sollten, um Gegenstand parteipolitischer und wahltaktischer Manöver zu sein, geschieht augenscheinlich genau dies.



Die politische Landkarte Großbritanniens verändert sich

Jedes Mal, wenn die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens 2014 die Gelegenheit zu einer Wahl hatten, setzen sie deutliche Zeichen, die eine tiefgreifende Verschiebung im Parteiengefüge – und möglicherweise im politischen System insgesamt – ankündigen, welche in den Parlamentswahlen im Frühjahr 2015 in ihrem vollen Ausmaß sichtbar werden dürfte.

Immer deutlicher zeichnen sich die Zentrifugalkräfte ab, die auf das altangestammte Zweiparteiensystem des Landes einwirken, in dem sich traditionell Konservative und Labour an der Macht abwechseln. Die beiden Großparteien konnten erstmalig in 2014 durchgängig nur noch weniger als 70 Prozent der Stimmberechtigten auf sich vereinen. Die Zahl der bekennenden Anhänger beider Parteien zusammen fällt auf unter 50 Prozent.

Die Fliehkräfte zeigen sich in politischer und geographischer Dimension. Die kleineren Parteien am rechten und linken Rand verzeichnen durchgehend Zuwächse: Umfragen belegen, dass populistische politische Botschaften zunehmend anziehender auf die britischen Wähler wirken als moderate, realistische Entwürfe der gemäßigten Mitte. Gleichzeitig sind regionale politische Formationen im Aufwind, in Schottland bereits belegt, in Wales und Nordirland absehbar.

Enttäuschung und Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger treffen die etablierten Parteien in Westminster, denen es nicht gelingt, ansprechende Kommunikationskanäle mit der Bevölkerung aufzubauen. Sowohl Tories als auch Labour versuchen, die »politische Mitte« anzusprechen, gleichzeitig besetzen sie aber beide explizit linke bzw. rechte Positionen, deren Popularität sie höher einschätzen. David Cameron bewegt sich nach rechts in der Überzeugung, nur so der Bedrohung durch UKIP (United Kingdom Independence Party) am rechten Rand begegnen zu können. Ed Miliband muss dem – nicht zuletzt unter Druck, die Blair/Brown Ära zu konterkarieren – unterscheidbare linke Positionen entgegensetzen. In der Mitte entsteht ein Vakuum, das derzeit kein politischer Führer mit verheißenden Ideen und mitreißenden Botschaften zu füllen vermag. Zuletzt war es Tony Blair gelungen, starke Positionen in der politischen Mitte zu formulieren, diese haben sich allerdings lange überlebt. Paradox ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung – nach

ihren Grundeinstellungen jenseits medialer Strohfeuer befragt – durchaus in der gemäßigten Mitte steht.

Am besten ist es UKIP gelungen, die Zukunftsängste der Bevölkerung einzufangen und in populistisch simplifizierte Themenblöcke zu kanalisieren. Als Bedrohung für eine prosperierende Zukunft des Heimatlandes werden die Immigranten stigmatisiert, aufgrund der EU-Mitgliedschaft könnten sie ungehindert ins Land strömen, die proeuropäischen Parteien trügen die Verantwortung dafür und seien folgerichtig abzuwählen. Die Wahl von UKIP wird als eine Stimme des Protests gegen das politische Establishment proklamiert – ein faktisch fraglos falscher PR-Trick mit hartnäckigem Bestand trotz aller rational geführten Beweise des Gegenteils. Spätestens seit UKIP bei der Europawahl im Mai mit 27,5 Prozent der Stimmen als erste durchs Ziel ging und im Herbst bei Nachwahlen ihre ersten beiden Parlamentsmandate errang, hat Großbritannien einen – sicherlich langfristig relevanten – politischen Akteur mehr und damit ein Vier-Parteiensystem.

Das schottische Referendum im September zeigte in einer weiteren Dimension die Abkehr von den etablierten Großparteien aus Westminster. Der schottischen Regionalpartei SNP (Scottish National Party) gelang mit ihrem Aufruf zur Unabhängigkeit eine beispiellose Mobilisierung – 85 Prozent Wahlbeteiligung – und ein beachtliches Ergebnis. Die *better together*-Kampagne, in der Labour und die Tories Seite an Seite für den Erhalt der Union kämpften, sah wenige Tage vor dem Urnengang dem Ende Großbritanniens ins Auge. Die SNP hat nach neusten Umfragen ihren Stimmenanteil von 20 Prozent in 2010 auf über 40 Prozent verdoppeln können. Sie könnte im kommenden Mai mit der schottischen Labour-Partei gleichziehen und – statt derzeit 6 – über 20 Abgeordnete nach Westminster entsenden; einige Prognosen sprechen gar von bis zu 45 Sitzen. Auf jeden Fall wären sie damit zukünftig eine relevante Kraft auf nationaler Bühne. Die Zugewinne der SNP sind Ergebnis eines politischen Gesinnungswandels in Schottland seit der Unabhängigkeitskampagne, die nachhaltig nationalistische Tendenzen unter den Schotten beförderte. Großer Verlierer dieser Entwicklung ist die Labour-Partei: Schottland war seit jeher Labour-Hochburg, sie hält 41 der 59 schottischen Sitze. Der prognostizierte Zugewinn der SNP würde bedeuten, dass Labour davon nur maximal die Hälfte in die nächste Legislatur retten könnte. Für den konservativen Hauptgegner dagegen ist Schottland



weitgehend irrelevant – um ihren einzigen schottischen Sitz müssen sie kaum bangen.

Auch wenn das zentrale Schlachtfeld im aufkommenden Wahlkampf zwischen Labour und Tories liegen wird, so haben sie doch eine gemeinsame Agenda: Beide Parteien werden sich bemühen, die Wahl wie vormals möglichst binär wirken zu lassen und die Alternative Cameron versus Miliband in den Vordergrund stellen. Gleichwohl ist beiden klar, dass es im neuen Parlament kaum einen Gewinner mit regierungsfähiger Mehrheit geben dürfte, sondern lediglich einen besseren Verlierer. Über das gesamte Jahr oszillierten die Umfragewerte der beiden großen Parteien zwischen 30 und 35 Prozent, wobei Labour über die meiste Zeit einen kleinen Vorsprung vor den Tories verzeichnete, streckenweise aber auch hinten lag. Die Liberaldemokraten (Lib Dems) lagen im Schnitt bei 6 bis 8 Prozent, UKIP bei 15 Prozent. Eine regierungsfähige Mehrheit für eine der beiden Großparteien nach der Parlamentswahl versprechen diese Zahlen nicht. Obwohl ein Parlament ohne klare Mehrheiten ein für Briten befremdendes Phänomen ist – als unerwünschte Hängepartie (*hung parliament*) verstanden – muss sich das Land wohl auch hinsichtlich parlamentarischer Machtkonstellationen dem europäischen Kontinent annähern: Das Verhandeln von Koalitionen scheint nach der Wahl im Mai unvermeidlich, obgleich dies die Führer der großen Parteien im Wahlkampf natürlich nie thematisieren würden. Tragfähige Allianzen gibt es dabei auf den ersten Blick keine.

Im konservativen Block sehen sich die Tories mit UKIP einer zunehmend erstarkenden Konkurrenz von rechts gegenüber, eine Zusammenarbeit oder gar Koalitionsregierung mit den Populisten schließen die Tories selbstverständlich aus. Wie stark die Gruppe der Protestwähler sein wird, ist völlig offen: Bei weniger wichtigen Wahlen (EU, Gemeinden) dürfte die Abgabe einer Proteststimme leichter fallen als bei der nationalen Schicksalswahl. Kaum ein Brite traut UKIP konstruktive Regierungsarbeit zu, und die überwiegende Mehrheit der seitherigen UKIP-Wähler zieht Cameron als Regierungschef dem Labour-Konkurrenten klar vor. Die Zahl der UKIP-Wähler, die nach Umfragen diese Partei auch ins Parlament wählen würden, sinkt stetig, was den Tories in die Hände spielen dürfte. UKIP-Führer Nigel Farage schließt seinerseits Koalitionen vor allem mit den linken Parteien kategorisch aus, wäre aber zur Unterstützung einer konservativen Minderheitsregierung bereit, wenn man ihn dafür mit einem frühen EU-Austrittsreferendum belohnt.

Der derzeitige Koalitionspartner, die Lib Dems, hat schlechte Erfahrungen in der Regierungszeit gesammelt und konnte kaum eines seiner Wahlversprechen durchsetzen – mit der Folge erheblicher Verluste in seitherigen Wahlen. Trotzdem ist es erklärtes Ziel der Partei, Zünglein an der Waage zu spielen, wenn immer eine der großen Parteien genügend Stimmen für eine Regierungsbildung erringt. Dieses Angebot gilt explizit für Tories und Labour gleichermaßen: Die Lib Dems verorten sich im Zentrum zwischen den beiden großen Parteien, bereit, einer Labour-Regierung als »Rückgrat« oder einer Tory-Regierung als »Herz« zu dienen. Nach Umfragen steht allerdings zu erwarten, dass die Lib Dems von ihren derzeit 56 Sitzen lediglich ca. 30 ins nächste Parlament retten können. Der Niedergang der Liberalen wird für die beiden großen Parteien zum gravierenden Problem: Nur bei einem deutlichen Sieg mit erheblichem Abstand könnten die wenigen Lib Dem-Sitze zur Bildung einer Koalitionsregierung für eine der beiden ausreichen – prognostiziert wird derzeit allerdings ein sehr knappes Ergebnis.

Labour hofft darauf, dass UKIP das konservative Lager spaltet und die Tories schwächt. Tatsächlich gehen UKIPs Zugewinne vornehmlich auf Kosten der Konservativen, wenngleich sie auch zunehmend in die traditionell Labour-wählenden Arbeitermilieus einfallen. Mögliche Partner für eine Links-Koalition würde Labour – neben den Lib Dems – in den Grünen oder der SNP finden. Die britischen Grünen sind über das letzte Jahr erstarkt und haben mit 8 Prozent in den Umfragen erstmals die Lib Dems überholt. Ihre Positionen sind weniger ökologisch als radikal links, ihre Stimmengewinne gehen zu Lasten von Labour. Damit steht Labour einer ernstzunehmenden Konkurrenzpartei gegenüber, die ihnen Stimmen am linken Rand streitig macht. Insbesondere junge (Erst-)Wähler fühlen sich von den grünen Anti-Establishment-Parolen angesprochen, in diesem Segment sind sie für 28 Prozent die erste Wahl. Die Grünen verfügen bislang allerdings nur über eine Abgeordnete im Parlament. Aufgrund des britischen Wahlsystems wird sich daran auch bei prozentualen Stimmengewinnen wenig ändern, sodass die Grünen zur Mehrheitsbildung kaum ein ausschlaggebender Faktor sein werden.

Schneidet die SNP wie prognostiziert ab, wäre sie schon eher ein gewichtiger potentieller Partner für Labour. Sie verortet sich eindeutig im linken, sozialdemokratischen Lager, die Programme beider Parteien weisen erhebliche



Schnittmengen auf. Allerdings ist die SNP in Schottland Labours politischer Hauptgegner, ihre dortige Kampagne wird vornehmlich auf die Rückeroberung der Stimmen von Abwanderern an die SNP und damit auf größtmögliche Unterscheidbarkeit ausgerichtet sein. Ein Koalieren danach könnte leicht als Betrug am Wähler verstanden werden. Es ist weiterhin absehbar, dass eine Labour-Regierung, die sich auf Abgeordnete der schottischen Nationalisten stützen muss, aus einer extrem unkomfortablen Lage in die aufkommende Verfassungsdebatte (s. u.) einsteigen müsste. Zudem macht die SNP bislang den Abzug der britischen Atomflotte aus Schottland zur Bedingung einer möglichen Zusammenarbeit mit Labour, eine kaum erfüllbare Kondition.

Alle Koalitionen mit Parteien, deren Wähler vornehmlich die Durchsetzung ihres Hauptanliegens verlangen – Unabhängigkeit seitens der Schotten und Waliser, EU-Austritt seitens UKIP – wären hochgradig fragil und könnten bei vielschichtigen politischen Entscheidungen leicht platzen. Eine von der Unterstützung dieser Parteien abhängige Minderheitsregierung dürfte kaum in der Lage sein, angesichts der bevorstehenden Zukunftsaufgaben zu bestehen. Baldige Neuwahlen wären ein realistisches Szenario.

Angesichts solch schwacher Potentiale zur Blockbildung denken einige in London inzwischen auch das bislang Undenkbare – durchaus mit einem Seitenblick nach Berlin: die Option einer *GroKo* für Westminster. Ein einziges Mal – 1931 unter dem Labour Premier Ramsay MacDonald – wurde der Versuch einer »nationalen Regierung« unternommen, ein in der Erinnerung beider Parteien desaströses Experiment. 84 Jahre später scheint ein solches Szenario für Beobachter nicht mehr komplett abwegig: Die beiden großen Parteien haben aller ernsthafter Differenzen zum Trotz mehr gemeinsame Positionen in den zentralen Politikfeldern als die Randparteien. Entsprechend der Kernkompetenzen, die ihnen die Wähler zusprechen, könnten sich die Tories um Finanzen und Wirtschaft kümmern, Labour um Gesundheit und Bildung. Cameron wäre der beliebtere Premier, der Labour-Führer könnte sein Vize sein. Im September haben die beiden Vorsitzenden bereits einmal ihre Differenzen beiseitegeschoben und in Schottland gemeinsam um die nationale Einheit gekämpft. Die Aufgaben der kommenden Zeit – neben den wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen auch zukunftsweisende Fragen wie die Mitgliedschaft in der EU und die herauf-

ziehende konstitutionelle Krise – könnten ggf. mit einer stabilen nationalen Mehrheit besser gelöst werden als mit wackligen Regenbogenkoalitionen.

Die britische Frage

Die unvorhersehbare Konstellation des zukünftigen Parlaments fällt in eine Zeit, in der eine stabile und entscheidungsfähige Volksvertretung besonders vonnöten wäre. Die Frage nach der Zukunft Großbritanniens hat eine externe und eine interne Dimension: die externe nach dem Verbleib in der EU, die interne nach einer konstitutionellen Regelung der Selbstbestimmung der Landesteile, England explizit eingenommen. Beide Fragen spitzten sich über das Jahr 2014 vehement zu, ihre Beantwortung wurde auf die Zeit nach der Wahl vertagt.

Hinsichtlich der Frage nach einem EU-Austritt haben sich lediglich zwei der kleinen Parteien eindeutig positioniert: UKIP ist vorbehaltlos für den sofortigen Austritt, die Liberaldemokraten für den Verbleib. Die Tories sind intern gespalten und klammern sich an ihren Minimalkonsens eines Referendums spätestens 2017. Worüber genau abgestimmt werden soll, lässt die Führung bewusst im Unklaren. Cameron will bis dahin die Bedingungen der britischen Mitgliedschaft neu verhandeln. Die engen Spielräume dazu sind ihm bekannt, in regelmäßigen Anläufen bemüht er sich abwechselnd um Goodwill bei den europäischen Partnern – insbesondere Deutschland – oder droht zornrot und zuhause publikumswirksam mit Austritt, all das mit zweifelhaften Erfolgsaussichten. Die Bevölkerung bleibt in der Frage gespalten – nach Alter, Herkunft, Bildungsstand – und wird es voraussichtlich auch bleiben, über ein mögliches Referendum hinaus. Stellen die Tories die nächste Regierung, wird ein Referendum abgehalten. Dabei besteht immer die Gefahr, dass eine unzufriedene Bevölkerung gegen die amtierende Regierung wählt und am Ende für einen Austritt gestimmt wird, auch wenn ihn sich keine Mehrheit wirklich wünscht.

Labours Leitmotiv beim Bezug politischer Positionen scheint inzwischen stets die Maximierung ihrer Wahlchancen zu sein, so auch in der Frage Europa. Im Herbst-Kongress rang sich die Partei endlich zu der klaren Ansage durch, unter ihrer Regierung kein Referendum zum Austritt vorzusehen. Dies allerdings mit allen Vorbehalten: Auch Labour ergibt sich der vermeintlichen



»öffentlichen Meinung« und ist der EU – zumindest in derzeitiger Gestalt – nicht freundlich gesinnt. Labour will europäische Institutionen und Politik reformieren, lässt aber genauso im Unklaren, was exakt sie dazu tun will und unternimmt wenig, um Allianzen in Europa zu schmieden.

Die Debatte um die EU hat im zweiten Halbjahr noch weiter an Unwirklichkeit gewonnen, indem sie sich – wie gewohnt getrieben von UKIP-Chef Farage und der EU-feindlichen Sensationspresse – inzwischen nur noch auf das Thema Immigration verengt. Hochemotional und an allen Fakten vorbei wird über Sozialschmarotzer und das Fluten der Arbeitsmärkte mit osteuropäischen Billiglöhnern gestritten, beide großen Parteien stimmen mit wenig unterscheidbaren Akzentuierungen ein. Dass es dem britischen Staat selbst obliegt, die Zugänge zu seinen sozialen Sicherungssystemen zu reglementieren und er zur Wahrnehmung dieser Verantwortung schlichtweg nicht in der Lage ist, wird kaum thematisiert. Westminster folgt nahezu geschlossen dem Reflex, den Sündenbock in Brüssel zu verorten. Die europäischen Partner schauen mit zunehmendem Kopfschütteln auf ein Land, das nicht mehr als verlässlicher Partner erscheint, egal welche der beiden großen Parteien die kommende Regierung stellen wird. Es wird immer schwerer vorstellbar, dass sich diese Debatte um Europa noch einmal zurückdrehen lässt und Großbritannien sich wieder als »normaler« Mitgliedsstaat in die europäische Familie eingliedert.

Nicht nur in den Außenbeziehungen, auch intern steht Großbritannien vor einer für die Zukunft der Nation wegweisenden Frage. Sie wurde am Morgen nach dem schottischen Referendum von Premier Cameron losgetreten. Nach Vorstellung der Tories sollte der – in den Tagen vor dem Referendum fest zugesagte – Prozess einer weitergehenden Autonomie für Schottland einhergehen mit einer Klärung der Entscheidungsbefugnisse der Schotten in der englischen Gesetzgebung. Wenn zukünftig die schottischen Abgeordneten alleinig und unabhängig über Steuererhebung, öffentliche Ausgaben und Sozialpolitik entscheiden dürfen, sollte ihnen im Gegenzug in Westminster das Mitspracherecht bei rein englischer Legislatur entzogen werden. »Englische Stimmen für englische Gesetze« ist die einprägsame und kampagnentaugliche Vereinfachung dieses Anspruchs. Die Diskussion über das bestehende Ungleichgewicht zwischen dem zunehmend autonomen Schottland, aber auch Wales und Nordirland einerseits und England ande-

rerseits, wird bereits seit Langem geführt, ohne dass sie bisher in den politischen Vordergrund trat. Die Sachlage ist komplex: Da England über kein eigenes Parlament verfügt, werden alle Gesetze – auch wenn sie ausschließlich England betreffen – seit jeher von dem gesamtbritischen *House of Commons* beschlossen. Ob dies als fair und legitim gelten kann, ist politische Interpretationssache. Faktisch kam es in der Vergangenheit kaum vor, dass eine Gesetzesvorlage vom Abstimmungsverhalten beispielsweise der schottischen MPs abhing; in der Regel bilden sich Mehrheiten über die Herkunftsländer hinweg.

Cameron agierte einmal mehr aus parteipolitischem Kalkül, dabei geht es ihm um drei Dinge: Die Besänftigung des national-konservativen Flügels seiner eigenen Fraktion, die seine hastigen Zugeständnisse an die Schotten argwöhnisch verfolgten. Dazu kommt der Druck von Rechts in Gestalt der UKIP, die um Stimmen im englischen national-konservativen Wählerspektrum konkurriert. Schließlich ist es ein offensiver Schlag gegen Labour: Während die Tories vornehmlich in England gewählt werden, ist Schottland für Labour eine wichtige Machtbasis. Ein Ausschluss ihrer schottischen MPs von Entscheidungen über englische Gesetze würde es Labour schwer machen, zukünftig in Westminster Mehrheiten zur Durchsetzung ihrer politischen Kernanliegen zu organisieren.

Die von Cameron losgetretene Verfassungsdebatte verspricht keine schnelle Lösung, alle realistischen Optionen – Föderalisierung, ein eigenes englisches Parlament, eine zusätzliche politisch-administrative Ebene von autonomen Regionen – wurden bereits in der Vergangenheit geprüft und immer wieder verworfen. Labour muss um seine schottische Wählerbasis kämpfen, gleichzeitig aber auch in England ihr Wählerpotential ausschöpfen und um strategisch wichtige *Swing Seats* kämpfen. Ihr Gegenvorschlag ist daher ein Spiel auf Zeit: Ein Verfassungskonvent soll eingesetzt werden, der unter Mitwirkung von Bürgern und der Zivilgesellschaft in einen transparenten, partizipativen Dialogprozess um die konstitutionelle Zukunft des Landes münden soll. Teil der Verhandlungsmasse wäre auch eine Reform des Oberhauses in Richtung einer dem Bundesrat ähnlichen Repräsentanz der Länder und Regionen. Schließlich will Labour die Debatte inhaltlich erweitern, von der »englischen Frage« zur Diskussion über eine allgemeine Dezentralisierung, einer Stärkung der Autonomie der Städte und über eine bürgernähere Politik allgemein. Der Tragweite dieser Entscheidungen



entsprechend sollte ein solcher Prozess langfristig angelegt sein – und vor allem die Wahl im Mai möglichst nicht beeinflussen.

Obwohl die Frage der konstitutionellen Zukunft des Landes zu wichtig sein sollte, um Gegenstand parteipolitischer und wahltaktischer Ränkespiele zu sein, wird augenscheinlich genau dies stattfinden. Vordergründig scheinen die Tories bei beiden Fragen die kraftvolleren Antworten in der Öffentlichkeit platziert zu haben. Bei näherem Hinsehen wird jedoch schnell klar, dass es sich nur um Scheinlösungen handelt, deren Umsetzung zweifelhaft ist und unkalkulierbare Risiken für die Zukunft des Landes bergen. Labour wirkt zu beiden dieser zentralen Weichenstellungen unentschlossen und konturlos. Es wäre zu wünschen, dass sich hinter den zögerlichen Stellungnahmen die ehrliche Suche nach seriösen, realistischen Wegen verbirgt, die dem nationalen Interesse gebührend Rechnung tragen.

Start in einen ergebnisoffenen Wahlkampf

Auf ihrem September-Kongress bereitete sich Labour auf den bevorstehenden Wahlkampf vor, der zur Übernahme der Regierung im kommenden Mai führen soll. Der vom Parteichef vorgestellte »Plan für Großbritannien« konzentrierte sich auf die linke Kernbotschaft der sozialen Gerechtigkeit: Erhalt des Lebensstandards, Teilhabe der ärmeren Schichten am wirtschaftlichen Aufschwung. Er dekliniert die politischen Aktionsfelder aus, auf denen der Partei die höchste Kompetenz zugeordnet wird: Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarktpolitik (u. a. Erhöhung des Mindestlohns), Ausbildung (mehr Lehrberufe). Mit konkreten Fristen und Zahlen zur Gegenfinanzierung (bspw. über eine Art »Reichensteuer« auf Luxus-Immobilien) tritt die Partei dem Vorwurf der mangelnden Budgetdisziplin entgegen. Ausgelassen blieben Positionen zu Themenfeldern, in denen die Kompetenzzuordnung eindeutig bei den Konservativen liegt, die aber den Bürgen besonders am Herzen liegen: konkrete Aussagen zur Wirtschaftspolitik wie die Eindämmung des Haushaltsdefizits sowie das hochpolitisierte Thema Einwanderung.

Alle Kommentatoren werten die nächste Parlamentswahl als die am wenigsten vorhersehbare in der britischen Geschichte. Dabei ist aus Sicht der Labour-Partei das Duell mit den Konservativen vertrautes Terrain, es wird

entlang der wiederkehrenden Leitlinien zwischen der konservativen Wirtschaftspartei und der Partei der sozialen Gerechtigkeit ausgefochten. Neu ist die Konkurrenz der drei kleinen Parteien, die Labour bei wichtigen Wählergruppen Stimmen kosten dürften: bei Arbeitern, Jungwählern und bei den Schotten.

Am wenigsten berechenbar ist der Einfluss von UKIP, von 3 Prozent bei den letzten Parlamentswahlen 2010 stetig geklettert auf 27,5 Prozent bei den EU-Wahlen im Mai. Auch wenn sie vornehmlich den Tories Stimmen kosten werden, haben sich in den Nachwahlen im Herbst auch enttäuschte Labour-Wähler den Populisten zugewandt. Ob sich das auch in nationalen Wahlen wiederholen wird, ist mangels Referenzen aus der Vergangenheit nicht voraussehbar. Bei zahlreichen wichtigen *swing seats* könnte aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts das Abschneiden von UKIP entscheidend dafür sein, ob der Sitz an Labour oder die Tories geht – auch wenn UKIP das Mandat nicht erhält. Ebenfalls kaum kalkulierbar und wesentlich risikoreicher für Labour ist das Wahlverhalten der Schotten. Beim Unabhängigkeitsreferendum im September verlor Labour massiv Stimmen an die SNP, sogar in traditionellen Hochburgen wie Glasgow. Obwohl ihr Klientel seine zunehmende Entfremdung von der Westminster-Opposition zum Ausdruck brachte, wurde doch letztlich über den *single issue* Unabhängigkeit abgestimmt. Dabei dürften Partei-Programmatik und -Kandidaten eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben. Labour reagierte auf die fatale Lage in Schottland mit dem Wechsel ihres dortigen Vorsitzenden: Jim Murphy wird zugetraut, den Kampf um die schottischen Sitze aufnehmen zu können. Bei jungen Wählern der sozial-liberalen städtischen Mittelklasse muss sich Labour mit den Grünen messen. Auch hier kann das Mehrheitswahlrecht dazu führen, dass selbst prozentual wenige grüne Stimmen den Ausschlag dafür geben, dass Labour Sitze verliert.

Doch jenseits der neuen, unberechenbaren Akteure in der Parteienlandschaft ist auch an der zentralen Front – Tories gegen Labour – noch alles offen, keine Partei hat klare Trumpfkarten im Ärmel. Die Tories meinen, mit der Konzentration auf Wirtschaftsthemen – stets die beim Wähler als Wichtigsten angesehen – ausreichend punkten zu können. Die Wirtschaft wächst wieder, das verspricht Rückenwind. Allerdings wächst sie weniger schnell als angenommen, und bei den meisten Menschen kommt der moderate Aufschwung nicht an. Pessimismus



dominiert die Zukunftserwartungen der Briten. Labour kämpft weiterhin mit dem gängigen sozialdemokratischen Glaubwürdigkeitsproblem hinsichtlich ihrer Wirtschaftskompetenz, verstärkt durch die kollektiven Erinnerungen an die Fehler der letzten Regierungsperiode unter Brown.

Nachteile hat Labour auch im Personaltableau: Obwohl wenig populär, ziehen die meisten Briten doch Cameron einem Premierminister Miliband vor. Noch immer erscheint dieser der überwiegenden Mehrheit als Regierungschef unvorstellbar – im Sommer fielen seine Popularitätswerte auf desaströse 20 Prozent. In der Vorweihnachtszeit löste seine schlechte Presse gar eine öffentlich geführte Debatte in der Labour-Partei um seine Ablöse noch vor dem Wahlkampf aus. Das Thema war jedoch schnell wieder eingefangen, für einen Wechsel ist die Zeit bis zur Wahl nun zu knapp. Ob Ed Miliband sich allerdings den Wählern als Kandidat des politischen Wandels verkaufen kann, bleibt fraglich.

Vieles wird von einer guten Wahlkampagnenführung abhängen, regelmäßig entscheiden sich weit über die Hälfte der Briten erst kurz vor der Wahl. Während die Tories angeblich ein dreimal höheres Kampagnenbudget zusammengetragen haben und damit sicherlich die mediale »Lufthoheit« erlangen dürften, setzt Labour auf »Bodentruppen«: Über 100 *community organisers* sind ausgebildet und bereits ausgeschwärmt, um die Kampagne vor Ort zu organisieren. Die Konzentration auf eine interaktive Kommunikation an der Haustür erscheint angesichts der gefühlten Stimmung im Land sinnvoll: Über die Parteigrenzen hinweg klagen die Bürgerinnen und Bürger über das selbstreferenzielle Politikverständnis der Westminster-Politiker, die ihnen nicht mehr zuhören, ihre Belange nicht mehr vertreten und sie nicht mehr erreichen. Im direkten Kontakt versucht die Partei daher, mit den Bürgern in Dialog zu treten und so Überzeugungsarbeit zu leisten. Medien-Kampagnen halten sie zunehmend für unglaublich wahrgenommen und somit für weniger wirksam. Die Strategie ist vielmehr, das Gefühl von Mitwirkung und Beteiligungsmöglichkeit wiederzubeleben.

Eine zusätzliche Herausforderung ist die 3 Millionen starke Gruppe der Erstwähler. Bei ihnen liegt Labour gegenüber den Tories um 15 Prozent vorne, ein Potential, das es zu nutzen gilt. Diese »Generation Facebook« ist es gewohnt, sich in sozialen Medien zu organisieren, und

genau dort muss eine erfolgreiche Kampagne ansetzen. Neue Instrumente für eine neue Ära der politischen Kommunikation müssen entwickelt werden, und Kritiker werfen beiden Parteien vor, sich kommunikativ noch im 20. Jahrhundert zu befinden. Zwecks Modernisierung haben die politischen Gegner dieselbe Ressource angezapft: Sowohl Labour als auch die Tories haben einen prominenten Berater aus der siegreichen Obama-Kampagne in 2012 eingekauft, bei der soziale Netzwerke erstmals den entscheidenden Ausschlag gaben.

All diese Faktoren zusammengenommen sorgen dafür, dass die politische Zukunft des Landes zum Jahreswechsel völlig offen ist und für die nächsten Monate spannende politische Gefechte bevorstehen, deren nahe Beobachtung sich lohnt.



Über den Autor

Ulrich Storck leitet seit 2012 die Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in London

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog |
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-95861-086-6